

Die Wiederherstellung der alten Ordnung im Straßenbahnverkehr.

Budapest, 27. August.

Wir haben bereits kurz gemeldet, daß die gestern unter dem Vorsitz des Handelsministers Baron Josef Szterényi abgehaltene Konferenz beschlossen hat, die das Auf- und Absteigen regelnde Ministerialverordnung über den Straßenbahnverkehr von heute an außer Kraft zu setzen. Ueber den Verlauf der Konferenz erfahren wir folgendes:

Handelsminister Baron Josef Szterényi bemerkte in seiner Eröffnungsrede, er habe während seiner Abwesenheit erfahren, daß die Verordnung sich nicht bewährt habe, da die Durchführung mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Er ist deshalb gern bereit, die Verfügung außer Kraft zu setzen, empfiehlt jedoch folgendes der Aufmerksamkeit der Anwesenden: Die Einführung eines einheitlichen Kartensystems ist unerlässlich, denn bei dem heutigen System ist eine rasche Abwicklung der Kartenmanipulation unmöglich. Es muß ferner die Zahl der Haltestellen reduziert, ferner das Reisen auf kurze Strecken eingeschränkt werden. Der Minister wünscht, daß genau festgestellt werde, wie viele Passagiere auf einem Wagen Platz haben. Die defekten Wagen müssen ehestens repariert werden; bei der Stadtbahn zum Beispiel sind 40 bis 45 Prozent der Motorwagen außer Betrieb. Die Zahl der Verkehrsmittel hat seit Kriegsausbruch wesentlich abgenommen, während die Zahl der Passagiere um 50 Prozent gestiegen ist. Auch das muß irgendwie ausgeglichen werden. Zum Schluß ersuchte er die Anwesenden, ihre Ansicht darüber zu äußern, ob die Verfügung aufrecht erhalten oder außer Kraft gesetzt werde.

Oberstadthauptmann Ladislaus v. Sándor bemerkte, daß die Verfügung völlig begründet war und daß die Zahl der Unfälle sich erheblich vermindert hat. Allein das Publikum nahm die Verfügung mit großer Antipathie auf und auch das Personal legte die größte Indolenz an den Tag. Unter solchen Verhältnissen kann die Verfügung seiner Ansicht nach während des Krieges um so weniger aufrechterhalten werden, als die Polizei außerstande ist, den Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Redner tritt ebenfalls für eine Verminderung der Zahl der Haltestellen ein und wünscht, daß die alte Ordnung im Straßenbahnverkehr uneingeschränkt wieder hergestellt werde.

Bürgermeister Dr. Theodor Bödy führt die Uebelstände hauptsächlich auf den Mangel an Personal zurück. Mit dem weiblichen Personal hat man die schlechtesten Erfahrungen gemacht; die weiblichen Kondukteure können sich keinen Respekt verschaffen. Ein großer Uebelstand ist auch der Mangel an Verkehrsmitteln. Die Kohlenkommission hat den dichten Verkehr unterlagert. Auch der Mangel an Betriebsmaterial verursacht große Schwierigkeiten. Nach der Ansicht des Redners müßte man die Stehplätze im Innern der Wagen aufheben. Auch er wünscht eine Einschränkung der Zahl der Passagiere. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung könnte das freiwillige Wachkorps der Polizei behilflich sein. Er billigt den Vorschlag betreffend die Verminderung der Zahl der Haltestellen, doch darf die Einschränkung höchstens 10 Prozent betragen. Redner spricht sodann über die Erhöhung der Straßenbahntarife und bemerkt, daß die Hauptstadt mit Rücksicht auf die günstige materielle Lage der Unternehmungen das Ersuchen um eine Erhöhung der Tarife abgelehnt hat.

Der Generaldirektor der Straßenbahn Paul Sándor meint, daß die Verordnung nicht so schlecht war, als allgemein behauptet wird. Im Frieden wird sie sich unbedingt bewähren, doch jetzt im Kriege kann sie nicht aufrechterhalten werden, weshalb die alte Ordnung wieder hergestellt werden muß. Redner bemängelt nicht nur die Quantität, sondern noch mehr die Qualität der Kohle. Als größtes Uebel bezeichnet er den Mangel an einem einheitlichen Tarif. Er bemängelt ferner, daß das Publikum die direkten Wagen viel zu wenig benützt. Die Zahl der Haltestellen muß eingeschränkt werden, doch eine Einschränkung der Zahl der Passagiere kann er nicht billigen.

Ministerkarl Karl Horváth wünscht, daß die Polizisten ermächtigt werden, renitente Passagiere an Ort und Stelle zu bestrafen.

Zum Schluß stellte Minister Szterényi fest, daß die Konferenz sich einstimmig für die Außerkraftsetzung der Ministerialverordnung ausgesprochen hat, weshalb er den Oberstadthauptmann ermächtigt, die Verordnung schon vom heutigen Tage an außer Kraft zu setzen, jedoch unter Aufrechterhaltung aller Bestimmungen, die sich auf das Verbot des Auf- und Abpringens während der Fahrt beziehen. In Angelegenheit der Einführung eines einheitlichen Kartensystems fordert er sowohl die Hauptstadt als auch die Unternehmungen auf, diese Frage im eigenen Wirkungskreis ehestens zu lösen.